

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: D8 86 846 ppbn d

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, stellt die Unfähigkeit der Bundesregierung zu aktiver Rüstungskontrolle fest.

Seite 1

Gert Weisskirchen MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft, wirft der Rechtskoalition die Kapitulation vor der Ausbildungsplatz-Misere vor.

Seite 3

Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, spricht angesichts des Streites im Regierungslager über die Entwicklungspolitik von "tiefer Zerrissenheit".

Seite 4

Horst Seefeld MdEP, Obmann der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, kommentiert die Klage gegen den Europäischen Ministerrat wegen Versäumnisse in der Verkehrspolitik.

Seite 5

38. Jahrgang / 10

14. Januar 1983

Union hört auf US-Falken

Die jetzige Bundesregierung ist zu aktiver Rüstungskontrollpolitik nicht fähig

Von Karsten D. Voigt MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Hans-Jochen Vogel hat mit seinem Besuch in Washington, Moskau und Paris der neuen Bundesregierung vorexerziert, daß die Bundesrepublik in der Rüstungskontrollpolitik dazu beitragen könnte, Fortschritte zu erzielen, wäre nicht Helmut Kohl, sondern Hans-Jochen Vogel Bundeskanzler. Die jetzige Bundesregierung ist zu einer aktiven Rüstungskontrollpolitik unfähig. Das zeigte sich gerade in den letzten Tagen, als es darum ging, mit eigenen deutschen Vorstellungen auf die neuen sowjetischen Vorschläge zu reagieren. Die vorsichtig-defensive Formelzusage, die sowjetischen Vorschläge sorgfältig prüfen zu wollen, entpuppt sich immer mehr als Abwehrschirm, hinter dem konservativ-ängstliche Christdemokraten erst einmal abwarten wollen, was ihnen amerikanische Falken zu tun auftragen. Was geschieht aber, wenn sich in Amerika diejenigen durchsetzen, die die Null-Option nicht automatisch als Verhandlungsergebnis in Genf betrachten?

Die Bundesregierung hat sich mit ihrem einfalllosen und mit vorherigen Aussagen nicht übereinstimmenden Rückgriff



auf die westliche Ausgangsposition in Genf einen schlechten Dienst erwiesen. Glaubt sie wirklich, jetzt mit der Nachrüstung hoch pokern zu können und zu müssen, wo es doch zunächst einmal darauf ankommen muß, den Verhandlungsteil des NATO-Doppelbeschlusses in Ordnung zu bringen. Beinahe grotesk muß anmuten, daß ausgerechnet der jetzige Außenminister sowie Verteidigungsminister Wörner den Part übernommen haben, die reine Nullvariante in Genf festzuklopfen. Noch am Tage vor dem Auftritt der beiden Minister vor der Bundespressekonferenz konnte man lesen, daß der Außenminister sich für eine "Zwischenlösung in Genf" ausgesprochen habe und von Verteidigungsminister Wörner war in Journalistenkreisen bereits im vergangenen Jahr zu hören, daß es in Genf wohl nur um eine Null-Plus-Lösung gehen könne.

Das alles für gute Diplomatie halten zu sollen, fällt wirklich schwer. Mit Politik aber hat das alles wenig zu tun. Diese Bundesregierung manövriert sich in ihrer Unentschlossenheit und Ängstlichkeit in eine haltlose Lage, in der ihr eines Tages nur noch Obstruktion oder Kapitulation übrigbleibt. Dann aber wird es zu spät sein, um deutsche Interessen erfolgreich zur Geltung zu bringen. Was die Bundesregierung gegenwärtig in der Rüstungskontrollpolitik tut oder besser: nicht tut, ist weder durchschaubar noch akzeptabel.

Hans-Jochen Vogel hat den für die Bundesrepublik angemessenen politischen Kurs nach seiner Rückkehr aus Washington, Moskau und Paris glaubwürdig und präzise umschrieben: "Wir wollen keine Raketen, die vom Osten her auf uns gerichtet sind; wir wollen ebenso wenig, daß von unserem Boden aus Raketen eine Bedrohung für den Osten darstellen. Deshalb begrüßen wir jeden Schritt in Richtung auf eine Verständigung, die vorhandenen Raketensysteme beseitigt und die Aufstellung neuer Raketen verhindert." (-/14.1.1983/ks/rs)

+ + +



Schlechteste Ausbildungsplatzsituation seit 1976

Die Rechtskoalition kapituliert vollständig vor ihren Aufgaben

Von Gert Weisskirchen MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Unsere Befürchtungen sind eingetroffen: Die Bilanz des Entwurfs zum Berufsbildungsbericht 1983 offenbart die dramatische Verschlechterung der Bildungschancen unserer Jugend.

- o In 114 von 142 Arbeitsamtsbezirken lag das Angebot an Ausbildungsplätzen unterhalb der Nachfrage. 1981 traf dies auf lediglich 38 Arbeitsamtsbezirke zu, 1980 auf nur 20.
- o In zehn Bundesländern hat sich die Ausbildungsplatzsituation zum Teil erheblich verschlechtert.
- o Während noch 1981 100 Bewerbern 102 Ausbildungsplätze angeboten wurden (Überangebot: 2,4 Prozent), sind es heute nur noch 97,6 Plätze für 100 Jugendliche (Angebotsminus: 2,4 Prozent). Die Zahl der Unvermittelten hat sich damit weit über zwei Drittel vergrößert.

Zum ersten Mal also haben die Arbeitgeber ihre verfassungsgemäße Pflicht nicht erfüllt. Dieses zeigt die schlechteste Ausbildungsplatzsituation seit 1976.

Die sozialdemokratischen Bildungspolitiker teilen die Beurteilung und die Sorge der Gewerkschaften über diese katastrophale Ausbildungsplatzsituation: In einem intensiven Gespräch stimmten die zuständigen Vertreter der Einzelgewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit den Bildungspolitikern der SPD-Bundestagsfraktion in einer ersten Analyse und den aus ihr zu ziehenden Konsequenzen zum Problem Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage überein.

Die Rechtskoalition kapituliert vollständig vor ihren Aufgaben, weil die Ausbildungspflicht der Arbeitgeber nicht durch Gesundheitsbetriebe erfüllt wird.

Verstärktes staatliches Handeln ist nötig. Die Daten des Entwurfs zum Berufsbildungsbericht 1983 sind ein Alarmsignal, im Übrigen nicht das erste. Wer jetzt nicht mit überzeugenden Konzepten zur Mobilisierung aller Ausbildungsplatzreserven aktiv eingreift, muß sich vorwerfen lassen, daß er den Jugendlichen die kalte Schulter zeigt und sie mit ihren Zukunftssorgen total zurückstößt.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird prüfen, welche kurzfristigen parlamentarischen Möglichkeiten ein sofortiges Handeln aus Verantwortung für die Jugend ermöglicht.

(-/14.1.1983/ks/rs)

+ + +



Tiefe Zerrissenheit

Die Rechtskoalition kann keine konsistente Entwicklungspolitik aufweisen

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der offene Streit in der Rechtskoalition über ihren Kurs in der Nord-Süd-Politik zeigt die tiefe Zerrissenheit dieser Regierung und der sie tragenden Parteien. Wie weit müssen sie sich von der Fähigkeit zu einheitlichem politischen Handeln entfernt haben, wenn Frau Hamm-Brücher von der FDP davor warnt, die von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung erlassenen entwicklungspolitischen Grundlinien "auf CSU-Kurs umzufunktionieren", und wenn der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Köhler, eingestehen muß, es gebe gegenwärtig "keine in sich konsistente Bonner Entwicklungspolitik".

Diese Uneinigkeit kann niemanden erstaunen: Während die CDU zwischen den Positionen interessengerichteter Vergabe der Entwicklungshilfe und allgemeiner Bekennnisse zur echten, wirklichen Blockfreiheit hin und her pendelt, will die CSU, die auf eigene Programmaussagen keine Rücksicht nehmen muß, nach dem Motto handeln: "Wer zahlt, der bestimmt die Musik." Die FDP kann nur noch den verlorenen Zeiten gemeinsam mit der SPD verabschiedeter entwicklungspolitischer Grundlinien nachtrauern.

Die Bundesregierung muß dafür sorgen, daß unser Land wie früher für die Dritte Welt ein verlässlicher politischer Faktor ist. Sie darf das in langer Arbeit angesammelte Vertrauenskapital in den Staaten Asien, Afrikas und Lateinamerikas nicht weiter aufs Spiel setzen.

(-/14.1.1983/ks/rs)

+ + +



Versäumnisse bei der Verkehrspolitik

Jetzt muß der Europäische Gerichtshof tätig werden

Von Horst Seefeld MdEP

Obmann der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Im Namen des Verkehrsausschusses begrüße ich es, daß der Präsident des Europäischen Parlaments auf Grund unserer Entscheidung vom 16. September 1982 und im Einklang mit der am 2. Dezember 1982 vom Verkehrsausschuß ausgesprochenen Empfehlung beschlossen hat, beim Europäischen Gerichtshof eine Untätigkeitsklage gegen den Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft wegen der Versäumnisse des Rates auf dem Gebiet der gemeinsamen Verkehrspolitik zu erheben.

Allzulange haben die europäischen Volksvertreter das traurige Spiel der Entscheidungsunfähigkeit des Verkehrsministerrates verfolgen müssen. Seit dem Bestehen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), also seit über 25 Jahren, hat der Verkehrsausschuß des Europäischen Parlaments in wiederholten Gesamtdarstellungen und zahllosen Einzelvorschlägen Wege zu einem echten europäischen Verkehrswesen aufgezeigt. Der Ministerrat dagegen hat in den letzten Jahren zwar einige Rechtsakte erlassen, ansonsten aber viele Vorlagen der Kommission und die zahlreichen Vorschläge des Europäischen Parlaments in den Schubladen verstauben lassen. Der Verkehrsausschuß hat sich im Anschluß an die Antwort des Rates auf die Aufforderungsschreiben des Europäischen Parlaments eingehend mit den Argumenten des Rates auseinandergesetzt. Dabei sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß die bisherigen Einzelmaßnahmen sich nicht zu einer gemeinsamen Verkehrspolitik zusammenfügen.

Die direktgewählten europäischen Volksvertreter können diesen Zustand nicht länger hinnehmen. Durch die nationale Aufsplitterung des Verkehrswesens entstehen nicht nur Wettbewerbsverzerrungen und Behinderungen für den Innergemeinschaftlichen



Handel, die Untätigkeit des Rates verletzt auch den ausdrücklichen Willen der Väter der Gründungsverträge zur Schaffung einer gemeinsamen Verkehrspolitik.

Deshalb werfen wir dem Ministerrat vor, unter Verstoß gegen Artikel 3e, 74 und 75 EWG-Vertrag es unterlassen zu haben,

- den Rahmen für die Verwirklichung einer gemeinsamen Verkehrspolitik zu definieren,
- über zahlreiche, von der Kommission vorgelegte und vom Europäischen Parlament gutgeheißene Vorschläge nicht innerhalb der vom Vertrag geforderten Fristen entschieden zu haben.

Mit dieser Klageerhebung machen wir europäische Abgeordnete von einem Mittel Gebrauch, das die Gründungsverträge uns einräumen. Damit verfolgen wir unser politisches Ziel, nämlich die Schaffung einer echten europäischen Verkehrspolitik.

Nunmehr wird es Sache des Europäischen Gerichtshofes sein, über die Anklagen der europäischen Volksvertreter gegen den Ministerrat der EG zu befinden.

(-/14.1.1983/bgy/rs)

+ + +

Berichtigung

Dem SPD-Bundestagsabgeordneten Heinz Westphal wurde im SPD-Pressedienst vom Donnerstag versehentlich die Funktion des Vorsitzenden des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion zugeordnet, die vom Abgeordneten Rudi Walther wahrgenommen wird. Heinz Westphal, Bundesminister a.D., hatte die bewußte Funktion jahrelang inne. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

